

Krakauer Zeitung.

Nr. 198.

Freitag, den 29. August

1862.

Die "Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierjähriger Abonnementpreis: für Krakau 4 fl. 20 Nr., mit Verbindung 5 fl. 25 Nr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nr. berechnet. — Einzelne Ausgabe im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeitzeile für Nr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der "Krakauer Zeitung" (Großer Ring N. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Planeten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

VI. Jahrgang.

nenpreis: für Krakau 4 fl. 20 Nr., mit Verbindung 5 fl. 25 Nr. — Die einzelne Nummer wird mit die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ kr.; Stempelgebühr für jed. Einschaltung 20 kr.

Amtlicher Theil.

Se. f. l. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 21. August d. J. dem Unterschulgenmeister des Innsbrucker Landeshauptmannes und Redakteur der "Volks- und Schützenzeitung" David Schönherz in Anerkennung seiner umfassenden und erfolgreichen Thätigkeit anlässlich des Frankfurter Schützenfestes das Ritterkreuz des Franz Josephsordens allerhöchst zu verleihen geruht.

Se. f. l. Apostolische Majestät haben laut der Allerhöchsten Entschließung vom 24. August d. J. dem Geweine Lukas Geyer der Militär-Polizeiwach-Abteilung zu Krakau für die unter eigener Leitung bewirkte Rettung eines Menschen vom Tod des Ertrinkens im Weichselufer das silberne Verdienstkreuz allerhöchst zu verleihen geruht.

Se. f. l. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 15. August d. J. allerhöchst zu gestatten gehabt, daß dem Gutsbesitzer in Münich Julius Freiheit für seine selbstauslösende Wirkung bei der Löschung der in dem Kloster der Balanit-Ordenspriester bei Münich entstandenen Feuerbrunst und dem Stadtrichter in Bregenz Anton Denfrits für seine eifrige Wirkung bei der Löschung der im Dorf Dörz ausgebrochenen Feuerbrunst und bei der Sammlung von Unterstützungen für die hierbei Berüchtigten der Ausdruck der Allerhöchsten Anerkennung bekannt gegeben werde.

Se. f. l. Apostol. Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 19. August d. J. die erledigte Vice-Gouverneurhalterstelle bei der steiermärkischen Staatsbuchhaltung dem Rechnungsbeamten dieser Staatsbuchhaltung Anton Burger zu verleihen geruht.

Das k. k. Finanzministerium hat die bei der Filial-Kantone in Kaschau erledigte Kontrollorstellte dem Kontrolleur der Filial-Kantone in Großwardein Johann Feralla verliehen.

über Arbeiter-Congress" berufen werden. Die Liberalen werden vor lauter Congressen und Zusammenschriften jetzt bald nicht mehr wissen, wo sie — bei aller Bummeli — die Zeit dazu hernehmen sollen!

Die Wiener Adressen, welche an Hrn. Mez gerichtet Österreich wirklich als deutsches Schmerzenland proclamirt und mit einem solennen Hoch auf Hrn. Mez selbst abschließt — die einzigen beiden Bruchstücke übrigens, welche der Gefeiste der Deffentlichkeit zu überliefern für gut erachtete, ist durchaus nicht apokryph, wie man wohl hat vermuthen wollen; sie ist schreibt ein Wiener Corr. der F.P.Z., wirklich in Wien verfaßt und von hier aus nach Darmstadt expedirt worden. Aber Hr. Mez hat aus den Unterschriften sofort entnehmen können, daß die Absender keine Deutsch-Oesterreicher sind, sondern einige deutschfressende junge Polen und Czechen, Söhlinge des hiesigen Polytechnikums; was freilich den Effect ihrer ehrenden Zusendung wesentlich beeinträchtigt haben würde, und deshalb im "Interesse der Einsender" verschwiegen werden mußte.

Wie die Berliner Correspondenz "Stern" meldet, ist am Samstag Abend die preußische Separat-Note nach Kopenhagen abgegangen. Es werden darin die im Memorandum präzisen Punkte, in welchen Dänemark die in den Jahren 1851 und 1852 eingegangenen Verpflichtungen noch nicht erfüllt hat, näher motivirt. (S. u. s. Depeschen.)

Einem Schreiben der "France" aus Kopen haben zufolge beschäftigen die außerordentlichen Seerüstungen Preußens die dänische Regierung in hohem Grade und sie sei gesonnen nicht durch Worte, sondern durch Thaten auf dieselben zu antworten. Zu diesem Zweck habe sie eine gewisse Anzahl Kriegsschiffe in England bestellt, habe außerdem den Bau einer Dampf-Kanonenboot-Flotte zur Vertheidigung der Küsten und Flüsse angeordnet und schließlich die Umwandlung des Linienschiffes "Danebrog" von 100 Kanonen in ein Panzerschiff ersten Ranges beschlossen.

Marchese Pepoli, der bekanntlich den Kaiser zum freiwilligen Aufgeben Roms bewegen sollte, ein Unsinnen, mit welchem er grausam gescheitert ist, macht wie man dr. "N. P. Z." aus Paris schreibt, gar kein Geheimnis daraus, daß er bei Hofe völlig durchgefassen; er erzählt, daß die Kaiserin Eugenie ihm ins Gesicht gesagt habe, sie finde die Politik der Piemontesischen Partei abcheulich (execrable), sie empfange ihn auch nur als einen Verwandten der Bonaparten, sonst würde sie sich nicht dazu herbeigefallen haben. Mit blitzenden Augen und lebhaftester Geberde schloß die schöne Dame: „Auch wir rufen: Rom oder der Tod! Merken Sie sich das!“

Dem "Temps" zufolge ist die Nachricht von der Durchreise des Barons Ricafoli durch Paris verfrüht. Derselbe befindet sich augenblicklich noch in Marseille.

Ein Telegramm des "Botsch." aus Verona, 27. August, meldet: In Turin sind die wiederholten Versuche Napoleons III. gescheitert, den König Victor Emanuel zur persönlichen Uebernahme des Oberbefehls seiner Armee gegen Garibaldi zu bewegen. (Es heißt sogar, daß der König überhaupt nicht nach dem Süden geht. D. R.)

König Victor Emanuel soll, wie der "N. P. Z." versichert wird, am 24. eine sehr lange, von ihm selber unterzeichnete telegraphische Depesche an den Kaiser nach Chalon haben abgeben lassen. Der Kriegs-Minister, der sich mit dem Herzog von Magenta bei dem Kaiser befindet, soll bereits alles Nötige für die Organisation eines Corps von 30,000 Mann angeordnet haben, das jeden Augenblick nach "Italien", wie die heutige France sagt, befördert werden kann.

Ein französisches Uebungsgeschwader hat Ajaccio verlassen. Die Bestimmung derselben ist unbekannt; man glaubt, dasselbe gehe nach Neapel.

Ein Turiner Corr. der "N. P. Z." schreibt: Die Ansicht, daß die Regierung mit der sicilianischen Trag-Comödie einverstanden ist, gewinnt seit dem faulhaften Einmarsch Garibaldis in Catania wieder die Oberhand. Vergleicht man die Depeschen der letzten acht Tage mit den vorgekommenen Thaten, so ist man in der That berechtigt, an etwas Ähnliches zu glauben. Die Vertheidiger der Regierung und die Optimisten wollen in der Besiegung Cataniens durch Garibaldi die friedliche und versöhnliche Lösung der Krisen finden. Wir haben uns alle Mühe gegeben, diesen hohen Ideengange zu folgen, allein vergeblich. Bisher hieß es stets: "Der um Garibaldi gezogene Gordon verengt sich mehr und mehr" und "man hofft,

Garibaldi werde nachgeben." Um den Gordon enger und enger zu schließen, ging sogar General Mella aus Catania heraus — eine formelle Einladung an Garibaldi, von der entblößten Stadt Besitz zu nehmen, und was das Nachgeben des Rebellen betrifft, so erblicken wir das glänzende Belege hierzu in der sofortigen Besitznahme des Telegraphenamtes, der Unterbrechung aller Verbindungen, in der Einführung des bekannten Republicaners Nicotera zum Präfekten an die Stelle des entlaufenen Gov. Tolosano und endlich in der Einführung einer provisorischen Regierung oder wohl gar eines Wohlfahrts-Ausschusses.

Nach dem Schreiben eines in der nächsten Umgebung Garibaldis befindlichen Offiziers an das "Diritto" marschierte der selbe deshalb so langsam vorwärts, weil die nötigen Transportmittel zum Überseeen auf den Continent noch nicht gesichert waren. Je langamer aber Garibaldi marschierte, desto gemächlicher so gte General Ricotti. So hatte Garibaldi volle Zeit, seine Pläne reif werden zu lassen, zumal der Präfect von Palermo, General Guia, einen Sendboten um den andern an Garibaldi mit der Sicherung sandte, daß er von den Truppen nicht angegriffen werden und daß er seinerseits ebenfalls jeden Conflic mit denselben vermeiden solle. Nur bat Garibaldi Catania auf einem Dampfer verlassen und ist mit seinem Stabe auf dem italienischen Festlande glücklich angekommen ohne daß die Flotte, wie Raitzki im Senat erklärt hat, der Einschiffung und Landung der Freiwilligen sich widersetzt hat. Es hat ihm nicht an sofortigem Bulauf gefehlt, Freiwillige und Pronunciamientos ganzer Städte, Alles gesommen, wie man selbst mit blöden Augen voraussehen konnte. Und was hat nun die Turiner Regierung dagegen? Sie wirkt Gialdini mit einem formidablem Heer — etwa Garibaldi entgegen? Oh! durchaus nicht, sondern auf die Insel Sicilien, welche Garibaldi verlassen hat. Ist man nach solchen Enthüllungen nicht berechtigt, an eine Connivenz der Regierung zu glauben?

Nach Angabe der "France" soll Garibaldi sich bereit erklärt haben, mit dem König, aber nur mit ihm, persönlich zu unterhandeln. Wie der "WZ" aus Turin vom 22. d. geschrieben wird, soll Mazzini in Sestri Ponente sein.

Das "Journal de St. Petersbourg" vom 27. August enthält eine Circular-depêche des Fürsten Gorczakow vom 6. (18.) August, betreffend die Anerkennung Italiens, in welcher es heißt: Es handelt sich um mehr als die Rechtsfragen; das monarchische Prinzip, die sociale Ordnung kämpfen gegen die revolutionäre Anarchie. Indem er die von König Victor Emanuel gegebenen Garantien aufzählt, fügt er hinzu: In dieser Situation haben wir es in unserem Interesse gelegen betrachtet, die Turiner Regierung auf dem Terrain der Ordnung zu erhalten und zu kräftigen, und unsere moralische Unterstützung der Regierung und erleuchteten Majorität eines Landes nicht zu verweigern, für welches wir Wohlwollen und Sympathie haben. Endlich hat der Kaiser die Absicht, die Rechtsfragen weder in Betracht zu ziehen, noch über dieselben zu entscheiden.

Aus Anlaß der gegenwärtigen Vorgänge in Italien sollen von Seiten Preußens und Russlands schon wiederholt in Turin mahnende Hinweise auf die Sicherungen erfolgt sein, welche das dortige Cabinet bei den Verhandlungen über die Anerkennungsfrage bezüglich der Beobachtung einer loyalen Politik, so wie der Wahrung der öffentlichen Ordnung gemacht hat.

Aus Belgrad wurde gestern gemeldet, daß die Constantiople Gesandten-Conferenz resultlos ausgetragen ist, weil Serbien sich auf die Bedingungen, welche die Porte für die Fortsetzung der Verhandlungen machte (Einstellung der Rüstungen und Abtragung der Barricaden) nicht einlassen wollte. Wenn nun keine Bestätigung dieser Nachricht aus Constantiopol vorliegt, hat sie doch, meint die "Ostd. Post," viel innere Wahrscheinlichkeit für sich. Serbien hatte von vorne herein Alles zu erhoffen, die Türkei Alles zu besorgen von einer Versammlung, in welcher Russland, Frankreich, Italien und Preußen eine absolute Majorität bildeten und überdies nicht einmal ein Zusammensein Englands mit Oesterreich in allen Punkten gesichert schien. Es verstand sich daher von selber, daß der Sultan nicht böse sein werde, wenn irgend ein Zwischenfall ihm die Aussicht eröffnete, den europäischen Krieg auf anständige Art los zu werden, der sich zwischen ihm und seinen Lehnensträger gedrangt. (S. u. s. Depeschen.)

Einem Wiener Correspondenten der "Allg. Stg." geht "von wohlbehörter Seite" die Nachricht zu, daß der Fürst von Serbien zum 20. Sept. eine große Skupstchina und diesmal nicht in Kragujevac, son-

dern in dem eine halbe Meile von Belgrad entfernten Lopshidere einberufen werde. Er hofft, bis zu dieser Zeit die aufgeregten Gemüther niedergehalten zu können. Der Hauptgrund zu dieser außerordentlichen Maßregel wäre, daß er seinerseits nicht einseitig die Verantwortlichkeit auf sich nehmen, sondern das Wohl und Wehe des Landes von dem Besluß der Nationalversammlung abhängig machen wolle. Die Skupstchina werde daher — und davon war schon dieser Tage die Rede — die Frage über Krieg und Frieden entscheiden. Auch soll sich Garashanin, als seine eingereichte Demission nicht angenommen wurde, bereit erklärt haben, jenen letzten Termin abzuwarten. Allen Anzeichen nach wird es der gemäßigten, einflussvollen Partei, welche treu zum Fürsten steht, schwer, die Bewegung hinzuzuhalten. Skupstchina haben stets für Serbien Verhängnisvolles gebracht: auch die nächstvorstehende dürfte daher nicht ohne ernste Folgen bleiben.

Die Repräsentanten aller Großmächte haben an die Pforte die Aufforderung ergehen lassen, einen Waffenstillstand mit dem Fürsten von Montenegro abzuschließen und die Unterhandlungen wieder aufzunehmen, da derselbe jetzt das türkische Ultimatum angenommen.

Aus Constantinopel, 24. d., wird gemeldet: Eine von der türkischen Regierung erhaltene Depesche meldet, daß, obgleich der Fürst von Montenegro Omer Paschas Bedingungen einfach annahm, und diesen Bedingungen zufolge zum Austausch der Gefangenen geschritten werden sollte, von den Montenegrinern hundert türkische Gefangene aufgehängt wurden.

Der dritte deutsche Juristentag.

Wien, 27. August.

In der vereinigten 1. und 2. Abtheilung der Juristenversammlung gelangten am 26. zunächst die Anträge zur Verhandlung, die sämmtlich das Hypothesenwesen betrafen.

Nach mehr denn zweistündiger Discussion gelangte die Versammlung zu dem einstimmigen Beschlusse, es möge der deutsche Juristentag sich für das Bedürfnis einer gemeinsamen deutschen Gesetzgebung über den Immobiliencredit mit den Prinzipien der Deffentlichkeit und Specialität, und zwar für das sogenannte Grundbuchsystem und gegen das bloße Hypothekensystem aussprechen.

Ein weiterer Antrag, die Einführung der Gütergemeinschaft als gemeinsames Eigentum anzustreben, wurde abgelehnt.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung der 3. Abtheilung bildete der Antrag des Rechtsanwaltes Dr. Schaffraeth in Dresden, betreffend die unvollständige Kreisprechung. Der Antrag lautet:

"Der deutsche Juristentag wolle aussprechen, daß im Strafprozeß nur eine Art der Kreisprechung, eine vollständige oder unbeschränkte — nicht aber außer ihr noch eine andere beschränkte „aus Mangel an vollständigen Beweisen“ stattfinden darf." (Wird angenommen).

Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildete der Antrag des Interpellationsgerichtsrates von Kräwel, Nauenburg, betreffend einzelne Prinzipien für ein allgemeines deutsches Strafgesetzbuch.

Die Anträge lauten:

1. Wenn auch keine Einigung darin zu erzielen sein sollte, daß die Todesstrafe in ganz Deutschland abgeschafft wird, so hindert dies doch das Zustandekommen eines für ganz Deutschland geltenden Strafgesetzbuches nicht.

2. Wenn das allgemeine deutsche St.-G.-B. absolute Strafen, wie die Todes- und die lebenswierige Buchhausstrafe androht, so ist dem Richter zugleich die Möglichkeit zu geben, wegen des Hinzutretens von Milderungsgründen auch auf eine geringere als die absolute Strafe zu erkennen.

3. Überhaupt ist das Strafmaß so zu erweitern, daß der Richter bei der Strafmaßmessung auch auf außergewöhnliche Schärfungs- und Milderungsgründe Rücksicht nehmen kann. Ein geringstes Strafmaß ist nur ausnahmsweise festzusetzen.

4. Verordnet das allgemeine deutsche St.-G.-B. wegen hinzutretender erheblicher Umstände eine Verstärkung der Strafe, so ist in der Regel der Richter zu dieser Strafzehrung wohl zu ermächtigen, nicht aber zu zwingen, daß er allemal diese Strafzehrung einzutreten lassen muß."

Professor Hollendorf stellt folgenden Antrag:

"Der Juristentag wolle aussprechen, die von den

deutschen Strafgesetzen gegenwärtig bestehende Verschiedenheit hinsichtlich der Zulässigkeit der Todesstrafe ist kein Hindernis gegen das sofortige Zustandekommen der von dem Juristentage als dringendes Bedürfnis erklärt einheitlichen deutschen Reichs-Gesetzgebung."

Bezüglich des Antrages 2 schlägt Prof. Holzendorf folgende präzisere Fassung vor:

Absolute Strafandrohungen sind grundsätzlich zu verwerfen. Ferner beantragte Holzendorf, daß die Anträge 3 und 4 der ständigen Deputation zur Besichtigung für den nächsten Juristentag zugewiesen werden.

Nach einer längeren Debatte, in welcher vorzüglich die Fragen erörtert wurden, ob die Milderungszustände dem Richter in der That oder dem Richter der Strafausmessung zuzuweisen sei? ferner ob ein Strafminimum beizubehalten oder abzuschaffen sei, wurden die Anträge Holzendorfs mit Majorität angenommen.

Es wird hierauf zu dem Antrage des Hofgerichtsrathes v. Stößer geschriften. Dieser lautet:

"Der deutsche Juristentag wolle als seine Rechtsüberzeugung aussprechen, daß entehrnde Strafen dem Gerechtigkeits- und Besserungs Zwecke der Strafe widersprechen, und daß solche deshalb bei Bearbeitung der gemeinsamen deutschen St.-G.-B. keine Ausnahme finden mögen."

Professor Hye beantragt in der künftigen gemeinsamen deutschen St. G. in Beziehung auf die entehrenden Strafen nachfolgende Grundsätze festzuhalten:

1. Alle schon ihrer Qualität nach einem das Christgefühl eines jeden Menschen erstickenden oder doch abschreckenden Charakter einschließenden Strafen oder Verschärfungen derselben wie z. B. die Aussstellung am Strafpfahle (Pranger, Schandbühne u. c.), die Kettenstrafe und insbesondere jede Art von körperlicher Bützung (Stockprügel, Ruthenstreiche u. c.) haben unbedingt zu entfallen.

2. Die in der Wissenschaft und in den bestehenden Strafgesetzen unter dem Namen entehrenden Straffolgen bekannten Verluste:

a. der Ehren, b. der sogenannten politischen (staatsbürgerschen) c. der Dienst- und Amts- und d. der gemeinsamen bürgerlichen Rechte, sollen kraft des Gesetzes oder durch besonderes richterliches Strafverfahren nur mit der Strafe für solche strafbaren Handlungen verbunden werden, welche auf einer verächtlichen, ehrlosen Gesinnung beruhen und deshalb von der allgemeinen Meinung als entbehrend angesehen werden.

3. Es hat aber auch bei der strafbaren Handlung der erwähnten Kategorie in der Regel mit der Erlösung der Strafe überhaupt auch die Fähigkeit zur Wiedererlangung der verlorenen Ehren — politischer und Dienstrechte und die Berechtigung zur Wiederausübung der entzogenen gemeinsamen bürgerlichen Rechte ohne Weiteres einzutreten und nur in solchen Fällen, wo eine strafbare Handlung auf besondere Niedrigrächtigkeit oder Bosheit des Schuldigen schließen läßt, sowie bei Gewohnheitsverbrechern soll es dem erkennenden Gerichte frei stehen, die Fortdauer der Unfähigkeit zur Wiedererlangung und beziehungsweise die Wiederausübung der genannten 4 Kategorien von Rechten noch durch einige Zeit über das Ende der Strafe hinaus, jedoch in einer der verhängten Strafe entsprechenden Dauer oder Beispielsweise höchstens auf 10 Jahre nach Erlösung der Strafe auszusprechen.

4. Bei allen übrigen strafbaren Handlungen soll während der Dauer der Freiheitsstrafe nur die Ausübung der genannten 4 Kategorien von Rechten ruhen, aber nach dem Erlöschen der Strafe von selbst entfallen.

5. Das Begnadigungsberecht der Krone (des Staatsoberhauptes) ist auch in Beziehung auf die gänzliche detailweise Nachsicht dieser Straffolgen in dem vollsten Umfang aufrecht zu erhalten.

6. Es seien diese Bestimmungen der künftigen deutschen Strafgesetze rückwirkend auch auf alle nach früherem Gesetze ausgesprochenen Verurtheilungen in Anwendung zu bringen, insoweit diese Bestimmungen für den Verurtheilten günstiger sind, als die bisherigen Strafgesetze.

Geheimrat Wächter stellt noch folgenden Antrag: "Dem Richter soll bei der Bestimmung der Art der Freiheitsstrafe die Möglichkeit geboten werden, dem Umstände Rechnung zu tragen, daß die Handlung nicht aus unehrenhafter Gesinnung hervorgegangen ist und zu diesem Zwecke sollen besondere Strafarten eingeführt werden."

Nach einer längeren Debatte an welcher sich noch der Antragsteller Sabart, Gottling, Schaffrath und andere beteiligten, werden sämtliche Anträge Hyes, sowie der Antrag Wächters angenommen.

Die Versammlung beschließt hierauf, daß die Anträge Schaffraths, Hyes und Kräwels vor das Plenum noch gebracht werden, die Glaser'schen Anträge hingegen bloß zur Kenntnisnahme dem Plenum mitgetheilt werde.

Die 4. Abtheilung debattirte über die Frage, bezüglich des Wirkungskreises der Staatsanwaltschaft im Civilprozesse. Plank fixierte die Hauptpunkte der Discussion durch folgende Anträge:

"1. Der Juristentag wolle erkennen, es ist nicht zweckmäßig, der St. A. das Recht oder gar die Verpflichtung zu geben in Civilprozessen, sei es in allen oder einzelnen oder bei bestimmten Indizienverhandlungen, ihre Ansicht über die Verhandlungssache und die abzugebende Entscheidung zu entwickeln. 2. Ebenso ist eine Nichtigkeitsbeschwerde im Interesse des Gesetzes zu empfehlen. 3. Dagegen ist es zweckmäßig, die St. A. als Prozeßpartei in solchen Fällen zuzulassen, wo es sich um eine, im öffentlichen Interesse und auf Grund von Prohibitiv-Gesetzen erfolgte Einwirkung auf private Verhältnisse handelt. Dazu wurde noch weiters beantragt, daß die Civilgesetzgebung jedes einzelnen Staates zu beurtheilen habe, wann diese Vorschriften vorliegen.

Die Punkte 1 und 2 wurden mit überwiegender

Majorität angenommen, d. r. 3. blieb unentschieden, weil die Stimmenzählung kein sicheres Resultat weder für noch gegen denselben ergab.

Unter den heute (27.) in den Abtheilungen des Juristentages zur Sprach gebrachten Anträgen nahm die allgemeine Aufmerksamkeit vorwiegend derjenige in Anspruch, welcher die Frage über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit der Klagen auf Unerkennung der Vaterschaft unehelicher Kinder und Leistung von Alimenten betrifft, und in der vereinigten ersten und zweiten Sektion zur Verhandlung gelangte. Die Debatte darüber gestaltete sich um so interessanter, als die bedeutsamsten Männer der Rechtswissenschaft, unter Anderen die Herren Dr. Unger, Professor Thering, Dr. Heidemann, Prof. Stubenrauch, Dr. Vogel daran Theilnahmen. Es machte sich dabei dieselbe Verschiedenheit der Ansichten geltend, wie sie in der Doktrin und der Legislative vorkommt. Die Hilflosigkeit des unschuldigen Kindes, die Notwendigkeit, die Folgen seiner Handlungen zu vertreten und das sitzliche Gefühl überhaupt wurde angerufen, um die Zulässigkeit dieser Klage zu behaupten; andererseits wies man aber auf die Schwierigkeiten, ja die Unmöglichkeit des Beweises der Vaterschaft, sowie auf das römische und französische Recht und auf statistische Daten hin, um sie entweder als gänzlich unzulässig zu erklären oder doch auf möglichst engen Grenzen einzuschränken. Am eindringlichsten sprach für sie Prof. Thering, der in geistreicher Weise zahlreiche Argumenta ad hominem bebracht, und Regierungsrath Weiss; die trüglichen Einwendungen dagegen erhoben Dr. Unger, Dr. Heidemann, Oberamtsrichter Wedekind und Dr. Kersels, Ersterer vom juristischen, Letztere vom sitzlichen Standpunkte aus. Schließlich einigte man sich dahin, die Paternitätsklage zwar im Prinzip für zulässig zu erklären, dagegen auf enge Grenzen einzuschränken, insbesondere dagegen die Einrede plurium zu gestatten. Dadurch war der Antrag des Herrn Professor Unger (ihm gebührt das Verdienst, diese Frage in Anregung gebracht zu haben) im Wesen angenommen. Von der Detaillirung der weiteren Beschränkungen wurde Umgang genommen, weil es nicht Aufgabe des Juristentages ist, vollständige Gesetzesvorschläge zu machen. Noch wurde der Wunsch nach einem allgemeinen Gesetze über das Versicherungswesen ausgesprochen, und sodann die Sitzung geschlossen.

Heute Abend wurde im Dreher's Locale der Festcommers zu Ehren der Juristen abgehalten. Der Präsident der Advokatenkammer, Hr. Dr. Suppanitsch hielt eine Ansprache an die Versammlung. Er brachte ein Hoch auf das Gediehen der Bestrebungen der deutschen Juristen und bat, das heutige Fest mit demselben Wohlwollen hinnnehmen zu wollen, mit welchem dieselben Alles, was ihnen bis nun in Wien geboten worden, hingenommen haben. Er bemerkte, daß der heutige Abend nicht wissenschaftlichen Erörterungen, sondern lediglich dem Vergnügen gewidmet ist, es daher angedeutet sei, daß bekannt "Gaudemus im fröhlichen Chor" anzuhören. Der Sängerbund intonierte dieses alte herzliche Wünschen, daß die Versammlung im vollen Chor mitsang. Die Musikapelle des Artillerie-Regiments alternierte im Vortrage heiterer Tonstücke mit dem Sängerbunde.

Über den gestrigen Empfang des deutschen Juristentages in Schönbrunn verlautet nachträglich, daß Se. Majestät der Kaiser die fremden Gäste gern in Person empfangen hätte, daß aber dabei die Rücksicht auf den Reichsrath vorwaltete, der bisher als solcher in Folge der Krankheit der Kaiserin zu Hofe noch nie geladen wurde, und daß es daher anstößig gewesen wäre, einer Gelehrten-Versammlung einen Vorzug vor der konstitutionellen Körperschaft des Reiches einzuräumen. Dem Juristentage wurden daher in Schönbrunn von dem Minister-Präsidenten Erzherzog Rainer die Honneurs gewacht. Das Schloss war wie zu einem Gala-Empfang geöffnet; die Dienerschaft in großer Rente reichte Erfrischungen, und die Gäste zerstreuten sich in den weiten Sälen und wurden nicht müde, von dem großen Balkon aus den magischen Anblick des Gartens zu genießen. Letzterem waren die Springbrunnen und die Blumenbeete gleichfalls in großer Gala-ehlkirt; zwei Musikbanden spielten abwechselnd. Die Menagerie war vollständig zur Besichtigung geöffnet und erfreute sich der Bewunderung namentlich jener Herren, die nicht in der Lage sind, täglich mit Löwen und Tigern in Berührung zu kommen.

Die gestern erwähnte vertrauliche Besprechung über die deutsche Frage hat heute Nachmittag im alten Zeughaus stattgefunden. Der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Hein hatte den Herren das Beratungss lokale des Finanzausschusses zur Verfügung gestellt. Von Niederösterreichern waren anwesend: die Herren: Bluntschli (Baden), Fries (Weimar), Plank (Hannover), Probst (Württemberg), Wölk (Bayern) und Pfeiffer (jetzt Bremen, früher Hessen-Kassel); von Österreichern: die Herren: Mühlfeld, Berger, Rechbauer, Kuranda, Groß, Kaiser, Westl, Fleck, Schuselka. Die deutsche Frage, schreibt der "Botschafter", wurde in allen ihren Richtungen besprochen. Der Grundton der Berathung war: Gegenseitige Entwicklung der Anschaufungen über die Reform Deutschlands und man nahm hiebei wahr, daß man sich viel näher stehe, als man gemeint hatte. Die Österreicher bekundeten eine so entschiedene deutsche Gesinnung, einen solchen warmen Eifer für die Förderung der deutschen Sache, daß jene Herren, welche sich einigermaßen eine andere Vorstellung von den Gesinnungen der Deutsch-Oesterreichern gemacht hatten, davon sichtlich überrascht waren. Es wurden zwar auch die bekannten Anschaufungen des Nationalvereins über die Entwicklung Deutschlands in der Richtung der preußischen Hegemonie entwickelt, aber nicht mit Schroffen und gegenüber der Haltung, zu welcher sich die Österreicher bekannten, traten dieselben auch in den Hintergrund zurück. Die Hauptsprecher waren auf der einen Seite Bluntschli, welchem Be-

ger entgegnete, dann Plank, Fries, welche die Anschaufungen des Nationalvereins am deutlichsten erkennen ließen, dann Probst, welcher vom allgemeinen, großdeutschen Gesichtspunkte aus sprach; von den Österreichern sprachen nebst Berger hauptsächlich noch Kuranda, Rechbauer, Fleck, alle durchaus in deutsch-nationalen, entgegenkommendem Sinne. Das Resultat der beiläufig vier Stunden dauernden Besprechung wird uns von unserem Gewährsmannen als ein höchst erfreuliches geschildert. Man ist einer Verständigung ersichtlich näher gerückt und es ist Aussicht vorhanden, daß die projektierte nach Weimar ausgeschriebene Versammlung deutscher Landtagsmitglieder von den Österreichern sehr wahrscheinlich werden wird.

Unter den drückt, schließt er mit den Worten: „Man möge sich hüten, bei Verfassung der bürgerlichen Gesetze ungarisch-politische Prinzipien zu berücksichtigen. Die Politik und die Administration hat nichts mit der Rechtspflege zu schaffen. Die Rechtspflege muß frei und unabhängig ohne alle Rücksicht auf dies oder jenes Regierungssystem bestehen.“

Der „Ostd. Post“ wird aus Oden geschrieben: Die Wirkung, welche das neuste allerhöchste Handbuch bezüglich der Iudiciorial-Beschlüsse im Publicum hervorgebracht, ist eine zweifache, und in der Hauptfach eine jedenfalls günstige. Von hoher Wichtigkeit ist der k. Ausspruch, daß die im vorigen Jahre

ordnete Rechtspflege unterdrückt, wohlwährend, daß die bestandene vaterländische Justiz großenteils nicht brauchbar ist, der richterlichen Willkür nur Thor und Thür öffnet und die ohnehin so leidenden Verhältnisse des Handels und der Industrie geradezu zu Boden drückt“, schließt er mit den Worten: „Man möge sich hüten, bei Verfassung der bürgerlichen Gesetze ungarisch-politische Prinzipien zu berücksichtigen. Die Politik und die Administration hat nichts mit der Rechtspflege zu schaffen. Die Rechtspflege muß frei und unabhängig ohne alle Rücksicht auf dies oder jenes Regierungssystem bestehen.“

Der „Ostd. Post“ wird aus Oden geschrieben: Die Wirkung, welche das neuste allerhöchste Handbuch bezüglich der Iudiciorial-Beschlüsse im Publicum hervorgebracht, ist eine zweifache, und in der Hauptfach eine jedenfalls günstige. Von hoher Wichtigkeit ist der k. Ausspruch, daß die im vorigen Jahre

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 27. August. Se. Maj. der Kaiser wird sich morgen in das Lager bei Wimpfing begeben, wo ein großes Feldmanöver im Feuer abgehalten wird, welches die in das Lager einrückende und die aus dem Lieden nach Wien zurückkehrende Brigade ausführen. Der commandirende General F.M.R. Fr. v. Schiller hat sich heute bereits nach Wimpfing begeben.

Nach den bisherigen Anordnungen wird sich Se. Maj. der Kaiser Mitte September in das Uebungslager der Cavallerie bei Lazar in Mähren begeben. In Brünn wird Se. Majestät am 21. September einzutragen und einen Tag dort verweilen. Das Lager wird aus 3 Cavallerie-Regimentern, 3 Cavallerie-Bataillieren und 1 Jägerbataillon gebildet. Bedeutende militärische Notabilitäten des In- und Auslandes werden sich in dem Lager versammeln.

Im Monate September werden am allerh. Hofe folgende Feste gefeiert: am 19. September der Geburtstag Ihrer Maj. der Kaiserin Maria Anna (geb. 1803), am 10. September der Geburtstag der Frau Erzherzogin Maria, Gemalin Erzherzogs Rainer (geb. 1833) und den 14. September der Geburtstag des Erzherzogs Stephan (geb. 1817).

Ihre Maj. die Königin Victoria von Großbritannien wird im Monate September auf dem Schloß Greinburg eingetroffen. In den ersten Tagen des Monats September wird die Königin zum Besuch bei ihrem Schwager, dem Herzog von Coburg-Gotha auf Schloss Reinhardtsbrunn erwartet, begibt sich sodann nach Greinburg und dann über München nach London.

Die Witwe Marie Gräfin v. Goës, geb. Gräfin Welfersheim, wurde zur Oberhofmeisterin Ihrer kais. Hoheit der künftigen Gemalin Sr. k. Hoheit des Erzherzogs Karl Ludwig, Frau Erzherzogin Maria Annunziata, ernannt.

Der Herr Staatsminister Ritter v. Schmerling wird am Samstag wieder mit fünfzehntägigem Urlaub Wien verlassen. Derselbe begibt sich vorerst nach Karlsbad und von dort nach Ischl, wird einen Theil der Reise durch das Gebirge zu Fuß zurücklegen und am 14. September wieder in Wien eingetroffen.

Die beabsichtigte Reise des kais. französischen Botschafters, Herzog v. Grammont nach Paris ist vorläufig verschoben worden.

Ein Theil der Truppen von Wimpfing ist probeweise mit neuartigen verschiedenen Patronen ausgerüstet, welche nach Art der Jagdtaschen aus weißem Kalbleder erzeugt sind und sowohl zur Verwahrung der Munition als der Bündschüten dienen. Eine Circularverordnung des Kriegsministers macht die Beschreibung und Bezeichnung der neuartigen Filz-Ezakos fand, welche bis die gegenwärtigen Ezakos ausgetragen sind, in Anwendung kommen sollen.

Die gestrige Nummer des "Vaterlandes" ist mit Beiflag belegt worden.

Die Schlussverhandlung wider Kalab soll am 18., 19. und 20. September stattfinden.

Auch die "Ungarischen Nachrichten" widmen dem kaiserlichen Hand schreiben vom 16. d. M.

Betrachtungen, indem sie u. a. sagen: "Wenn man uns fragt, ob die politische Freiheit kostbarer sei als die bürgerliche Freiheit, jene, meinen wir, welche unser gutes Recht, unser Eigentum, unsere Ehre, die persönliche Freiheit und unser Leben schützt, so müßten wir der letzteren unbedingt den Vorzug geben. Der

Abgeordnetenhaus hat am 26ten 200.000 Thlr. für Fortsetzung begonnener Schiffsbauten und 200.000 Thlr. für Umschiffung der in England gekauften Uebungsschiffe übertragen wurde, so soll diese sehr zahlreich und zwar aus Gliedern der Septembervirals, der königlichen Post, des Handels- und der Bezirksgerichte zusammengestellt, und ebenso auch Administrativ- und Kommunalbeamte, so wie einige Advokaten zugezogen werden; diese würden sich in mehrere Sectionen teilen und hätten den wöchentlich eins bis zweimal abzuholenden Plenarsitzung Bericht zu erstatten.

Zwischen Österreich und den Donaufürstenthümern ist eine Telegraphenconvention abgeschlossen. Die Fürstenthümer verpflichten sich darin, in Bezug auf Manipulation, Taxirung, &c. der Depeschen den Bestimmungen des internationalen Telegraphenvertrags von Brüssel beizutreten. Österreich macht sich verbindlich, seine Telegraphenlinie bis Timissora zu verlängern, während die Moldau-Wallache die Pflicht übernimmt, binnen Jahresfrist eine Linie von Giurgewo bis die österreichische Linie bis Ober-Tomos anzuschließen. Die Convention ist vorbehaltlich ihrer Verlängerung, vorläufig auf die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen.

Deutschland.

Berliner Berichten vom 27. d. zufolge wird Se. Maj. der König den Aufenthalt in Doberan etwas verlängern. — Die Marine-Commission des Abgeordnetenhauses hat am 26ten 200.000 Thlr. für Fortsetzung begonnener Schiffsbauten und 200.000 Thlr. für Umschiffung der in England gekauften Uebungsschiffe gestrichen. Für Bewilligung von 600.000 Thlr. zum Bau von Panzerschiffen schien die Stimmung günstiger.

Das Herrenhaus nimmt am 3. k. M. eine Commissionssitzung wieder auf.

In der Militär-Etatfrage soll die preußische Regierung, wie die "B. H. B." versichert, eine wichtige Concession zu machen bereit sein. Es soll dem Abgeordnetenhaus die Zusicherung gegeben werden, daß die auf eine Verkürzung der Dienstzeit auf zwei Jahre gerichteten Wünsche nicht unberücksichtigt, vielmehr unangesehzt Gegenstand der Erwägung bleiben, ihre Anerkennung und Durchführung aber erst dann erhalten sollen, wenn diese nach einer mehrjährigen Beobachtung aller damit zusammenhängenden und darauf einwirkenden Verhältnisse als zulässig und unbedenklich erscheinen.

Wie der "A. B." aus Berlin geschrieben wird, sollen der Finanzminister v. d. Heydt und der Handelsminister v. Holzbrink sich bei Empfang des Ausschusses des deutschen Handelstages sehr bestimmt dahin ausgesprochen haben, daß alles aufgeboten werden müsse, den Zollverein zu erhalten; namentlich soll Herr v. d. Heydt ausdrücklich dem Handelstag anheimgestellt haben, über Tarifreformen zu berathen, welche geeignet seien, den Interessen der süddeutschen Fabrikanten Rechnung zu tragen.

In der Marine-Commission des preußischen Abgeordnetenhauses erklärte der Kriegsminister v. Roon, das Ministerium bereite eine That in der deutschen Frage vor.

Die "A. B." schreibt: Die Regierung zu Posen und Bromberg von 1853 für einzelne Städte die Beschränkung bestehen lassen, daß nur ein Drittheil der Stadt-Berordner jüdischer Religion sein dürfte. Der vorige Minister des Inneren, Graf v. Schwerin, hob jedoch diese Beschränkungen als wider die Städte-Ordnung streitend auf, und der jetzige Minister des Inneren hat nun, da die Ausführung noch nicht erfolgt war, die Anordnung seines Amtsvorgängers bestätigt.

Bon dem gegen den Erzbischof v. Przykusk wegen seiner im Posener Dom gehaltenen politischen Ansprache eingeleiteten Verfahren ist der "Pos. Ztg." zu folge Abstand genommen, dagegen wird dasselbe gegen den Redakteur Jagielski fortgesetzt, da in dem Referat des "Dziennik" über jene Ansprache, nachdem der Erzbischof sich zu den dort gegebenen beiden Ver-

sionen nicht bekannt hat, eine Verleumdung desselben gesunden wird, welche ex officio zu verfolgen ist.

Aus Arolsen, 23. d., wird der K. B. geschrieben: Unsere Soldaten werden in Folge der mit Preußen abgeschlossenen Militär-Convention künftig 3½ Jahre bei der Fahne bleiben, während diese Zeit bisher nur ein Jahr und sechs Monate betrug. — Da die preußischen Generale sich mit den Leistungen unseres Bataillons bei den regelmäßigen Inspektionen innerhalb des letzten Jahrzehends stets für sehr befriedigt erklärt haben. („Hört! Bei anderthalbjähriger Dienstzeit! Hört, hört, hört!“), rufte die K.B. mit sprachrohrartig an den Mund gehaltenen Händen nach Berlin.)

Auf dem zu Gießen bei dem mittelrheinischen Turnfest abgehaltenen Turntage wurde u. A. auf den Antrag Wilhelms aus Neustadt a. d. H. einstimmig ausgesprochen, „daß die Einführung des Wehrturnens in den Vereinen, bez. einfache militärische Exercitien, Bajonettschlägen, Stuhnschießen mit den von den Vereinen angestrafften Waffen, militärische Organisation der Gaue, Turnfahrten zeitgemäß und nöthig sei.“

Die 13. Versammlung deutscher Architekten und Ingenieure wird am 3., 4., 5. und 6. September in Hannover stattfinden und haben sich Fachmänner auch von Wien in Folge eingegangener Einladung das hin gegeben.

Ein Fall französische Anmaßung kam am 23. d. in Kehl vor. In einem Wirthshausgarten nämlich waren mehrere Gefangenviere versammelt, die sich freundlich unterhielten und abwechselnd Lieder und Chöre sangen, unter andern auch „Was ist des Deutschen Vaterland.“ Kaum jedoch erklärten die Männer des letzteren, als ein französischer Sergeant, der an jenem Abend Commandant der jenseitigen Brückewacht und kaum in den Garten eingetreten war, in lautem Schimpftreten gegen dieses deutsche Lied eserte und endlich sich so weit vergaß, daß er arretiert werden mußte. Am andern Tage wurde er entlassen und zugleich in Straßburg Meldung von seiner Aufführung gemacht, die wohl doppelte Strafe erhalten wird, weil der Sergeant seine Wache verlassen hatte.

Frankreich.

Paris, 25. August. Die Moniteur-Note, welche heute über die Stellung Frankreichs in der römischen Frage erschien, ist so zweideutig gehalten, daß Constitutionnel wie France in dem, was in ihr steht, und noch mehr in dem, was nicht in ihr steht, reichliche Anhaltpunkte finden, um ihre gegenwärtigen Dementis aufrecht zu erhalten. Die über Gebühr zur Wichtigkeit gelangte Streitfrage, ob das offiziöse oder das inspirierte Element in der biesigen Presse für die öffentliche Meinung größere Garantien der Glaubwürdigkeit darbiete, oder ob beide gleich sehr nur dazu kämpfen schlagen, um die bestehende Begriffswirrung noch zu verlängern, bleibt also, bis die offiziellen Thatsachen an die Stelle der offiziellen Erklärungen treten, immer noch eine offene. Die Note gelangte, und zwar ohne Vermitlung durch das Ministerium des Innern, von Chassons direct an den Moniteur. — Die Nachricht, daß Anstalten zur Absendung von Verstärkungen nach Italien getroffen sind, wird von der heutigen France bestätigt. Der Herzog von Magenta, den man als den zukünftigen Ober-Befehlshaber der italienischen Armei nannt hat, bleibt bis Mittwoch beim Kaiser im Kaiser von Chalons. — Die Fregatte Labrador ist zur Verstärkung des an der römischen Küste kreuzenden Geschwaders von Toulon nach Civita-Bechia abgegangen. — Die Unterhandlungen zwischen Rouher und der niederländischen Commission (Präsident ist von Bosse) wegen Abschlusses eines Handelsvertrages werden sehr thätig betrieben. — Die Staatsbehörde hat in dem Prozesse der Actionäre der Eisenbahngesellschaften zwischen Mirels und Marquis Pontalba gegen den Vertrag darauf angetragen, daß derselbe als ungültig erklärt und die dem Marquis Pontalba darin aufgestandene Summe von 1.700.000 Fr. an den Gesellschaftsfonds zurückkehren soll.

Der Kaiser Napoleon hat ein eigenhändiges Schreiben an den Kaiser von Russland gerichtet, um ihm zu der Rettung des Großfürsten Konstantin Glück zu wünschen.

Wie man sagt, wird Hr. Noulard, der jetzige Unterrichtsminister, das Portefeuille des Innern übernehmen, und damit würde der bereits erwähnte Conflict zwischen dem Gr. sen Persigny und Hrn. v. Laguerrière zu Gunsten des letzteren entschieden werden.

Großbritannien.

London, 25. August. Aus Barmoral, den 22. August, schreibt man, daß Ihre Maj. die Königin, in Begleitung ihrer sechs in Schottland anwesenden Prinzen und Prinzessinen den Gipfel des „Cairn“ (ein Steinhaufen als Monument) zum Andenken des Prinzen-Gemahls lezte.

Der Prinz von Wales hat folgenden Brief an Lord Derby gerichtet: „Birk-Hall, Schottland, 11. August. Mein lieber Lord Derby! Ich habe mit grossem Vergnügen den Bericht Ihres Comités gelesen, so wie Ihren Vorschlag, des nationalen Denkmals meines geliebten Vaters im Hyde-Park zu errichten und so zu entwerfen und zu stellen, daß es mit allen künstlichen Bestrebungen zur Förderung der Zwecke, für die er den Ankauf des Kensington-Gutes angedacht hat, in Zusammenhang steht. Es würde mir zu einer großen Befriedigung gereichen, wenn ich zum Gelingen seiner Pläne, die seiner Meinung nach viel Gemeinschaften stiften könnten, in irgend einer Weise beizutragen vermöchte. Wenn mir sein großes Wissen und sein erliches Urtheil fehlt, so kann ich der Sache wenigstens Einst und guten Willen zuwenden. Es liegt mir sehr daran, einen Beweis dieser Gesinnung zu geben, und indem ich Ihre Hoffnung thieile, daß die zur Vollendung des Denkmals erforderlichen Summen zusammenkommen werden, wird es mich freuen, wenn der Zeitpunkt da ist, 2000 Pfst. für die Centralhalle beizutragen.“

gen, welche Sie als Anfang der Bauten empfehlen, die wie Sie hoffen, in nicht ferner Zeit den Raum zwischen den Horticultural Gardens und der Straße ausfüllen und jenen Bildungszwecken, für die er sich so tief interessirt, gewidmet sein werden.

Die „Times“ meldet: Die Heirat des Prinzen von Wales mit der Prinzessin von Dänemark wird im Anfang des nächsten Frühlings stattfinden. General Knollys wurde zum Haussintendanten des Prinzen ernannt.

Italien.

Aus Turin, 25. August, wird tel. gemeldet: Die Nachricht der „Agence continentale“, daß der König in Begleitung von Rattazzi und Durando nach Neapel gehen würde, ist unbegründet. Die Nationalgarde von Catania hat sich geweigert, den Garibaldianern die Bewachung der Gefangnisse zu überlassen. Der königl. Procurator hat sich seinerseits geweigert, Garibaldi die Actenstücke von Criminalverhandlungen auszuliefern.

Ein neapolitanisches Blatt, „der Calabrese“, enthält folgendes Schreiben des Deputirten Pace: „Un meine Wähler und Freunde im Kreise Castrovilliari. Als Deputirter hätte ich mich vor großen Majorität angeschlossen, die dem Proklam unsres erhabenen Monarchen Beifall zollte; als Privatmann erkläre ich, daß ich fest überzeugt bin, daß dem Lande keine andere Initiative frommen kann, als die der Regierung. Ich bin Garibaldi im Jahr 1860 mit Freude gefolgt; ich werde ihm immer und bei allen Gelegenheiten folgen, wo er mit dem König und dem Parlament Hand in Hand geht. Ich möchte daher alle calabresischen Frauen gebeten haben, Trauerkleider anzuziehen, ihm entgegen zu gehen und ihn zu beschwören (wie es die alten Romanen Coriolan gegenüber gethan); er möge nahe seinem Caprera zurückkehren, da er gegen den Willen der konstituienten Staatsgewalten und gegen den der Nation handle. Castrovilliari, den 7. August 1862. Oberst Pace, Deputirter.“

Nach dem Enttreffen des 87. französischen Linien-Regiments kommen noch in Rom andere kleinere Abteilungen zur Verstärkung an. Die Stärke des Occupationscorps beläuft sich im Augenblicke auf 12,000 Mann.

Rußland.

Die zu 2jähriger Gefängnisstrafe verurtheilten 13 Edelleute aus dem Gouvernement Lwir wurden nach 48stündiger Einsperrung begnadigt und entlassen.

Montenegro.

Darinka, die Witwe des ermordeten Fürsten Danilo von Montenegro, schreibt man der Ost. Post, ist gewissermaßen exiliert; man macht ihr allzu zarte Verhältnisse, die schon mehr als bloße Freundschaft seien, zum Vorwurf, sie wird sich einige Zeit bei ihrer Schwester in Korfu aufzuhalten und von da nach Paris reisen, wo derlei intime Verhältnisse nicht so verpönt sind, wie in den schwarzen Bergen.

Amerika.

Aus New-York schreibt man: Die Aufregung in den letzten Tagen unter allen Clasen außer den Negroen — denn diese berührt die Conscription nicht — wäre zu jeder Jahreszeit schwer erträglich. Nun gar in den Hunderttagen. Die eingeborenen Amerikaner, die gefund und stark und streitbar sind, fügen sich mit Ergebung in das Schicksal, falls sie das Voos trifft — einen Ersatzmann zu kaufen. Unter den zahlreichen Amerikanern, denen der Preis eines Ersatzmannes zu hoch ist, haben chronisches Rheuma, Herzkrankheit, Anlage zum Schlagflusus, Rückenmarksdarre, Auszehrung und viele andre wohlbekannte Leiden plötzlich eine sehr bösartige Gestalt angenommen, und die Aerzte haben mit Ausstellung von Krankheitszeugnissen die Woche hindurch glänzende Geschäfte gemacht. Gentlemen, die am Freitag 25 oder höchstens 40 Jahre alt waren, zählten am Montag darauf nicht weniger als 47 oder 48. Mancher lange Bart, der vor der Proclamation glänzend schwarz war, ist über Nacht grau oder weiß geworden, aus Kummer und Sorge ohne Zweifel über die Leiden und Gefahren des Vaterlandes. Unter der frischen Bevölkerung war die Unruhe und Verlegenheit viel größer, als unter den Amerikanern, und das Bureau des Britischen Consuls war daher von früh bis Abend von den Repräsentanten der Celtaischen Race belagert, die als Britische Untertanen Schutz verlangten. General Meagher hat sein Neuerstes und bot eine wirklich großartige Veredtsamkeit auf, um sie wieder den Amerikanern zuzugestellen, hatte aber wenig Erfolg. Auch die Deutschen rühren sich, sind aber nicht so böse, wie die Irlander. Die Conscription ist ihnen nichts Neues, und so schimpfen sie nicht darüber, als über etwas Unconstitutionelles und Willkürliche, sondern scheinen sie nur für unnötig zu halten, und wollen sich ihr nicht fügen, selbst wenn die Strafe dafür in Selbstverbanzung nach British America besteht.

Für jene Deutschen, die sich nicht um Befreiungspapiere gemeldet haben, hat die Aussicht auf Beförderung über Handgold eine große Anziehungskraft.

Zur Tagesgeschichte.

Dem Wiener Landesgerichte in Straßburg wurde am 18. August eine 27 Kopie starke Diebsbande eingeliefert, unter deren Mitgliedern sich nicht weniger als 10 Beamte des f. f. Tabakfassamtes befinden sollen. Mehr als zwei Millionen Stück Zigaretten sollen im Laufe der Zeit durch diese wohlorganisierte Gesellschaft aus den Kaiserlichen Tabakfabriken entwendet worden sein.

Herr Kapellmeister Johann Strauß wird sich mit der Sängerin Gr. Henriette Treffs verloben.

Constance Greiter, seit Längstem mit Gr. Hoheit dem Herzog Leopold von Sachsen-Coburg-Gotha verheirathet, wurde jüngst von Gr. I. Hoheit dem regierenden Herzog Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha in den Freiherrnstand erhoben. Das Welsbdiplom gibt ihr den Namen einer Freifrau von Rottenstein.“

Ein Prophet am Radbost. Bei der Slavenversammlung am Radbost am 15. d. M. stand ein Redner auf und verschrie ganz ernsthaft und im schwunghaftesten Sehertone, in

1000 Jahren werde die ganze Welt löslich sein. — Dieser Prozeß scheint dem in großer Ruhe stehenden „Sleepy Indianer“ (blinder Jüngling) nahezusein zu wollen.

Bei dem Radbost Slavenfeste wurde, wie die „Brün. 3.“ meldet, in Frankstadt ein Knecht vor anderen Knechten ergraben, und der Postillon, der von Frankstadt nach Neutitschen fuhr, eben auch von Knechten, welche Besucher dieses Festes führten, arg mishandelt.

Über den desertierten Luftballon der Herren Regent und Schmidt erfährt man folgendes: Er kam in der Nähe von Nauen auf freiem Felde niederr und scheint von dortigen Landleuten als gute Prise betrachtet worden zu sein. Da es gerade eignete, so schnitten sie sich aus dem Zeuge Regent und Schmidt mit Pferdebeden zurecht. — Die Brieftaube des Dr. Pischner ist bei einem Förster in der Nähe von Spandau glücklich eingetroffen.

In Breslau soll demnächst eine polnische illustrierte landwirtschaftliche Zeitschrift „Gazeta polska dla rolników“ erscheinen.

Im Bad Homburg ist ein Russe Schwarzschild verhaftet, der für keinige eine halbe Million Thaler salige russische Banknoten miß führt.

Nach neueren Meldungen beruhnen die mitgetheilten Gerüchte über das Verhinden Ludwig Uhlands auf Uebertreibung. Wenn auch die Kräfte seit der schweren Krankheit sich noch nicht wieder vollständig erholen haben, so hat sich doch alles so weit zum Besseren gewendet, daß der verehrte Mann bereits unter den günstigsten Aufzügen zum Gebrauch einer Kur nach Zwickfeld abreisen konnte.

Der geist- und gemüthvolle Dichter Julius Hammer, geb. 1810 in Dresden, ist am 23. d. auf seiner Festzehrung in Pilnitz (bei Dresden) gestorben. Seine lyrisch-dialektischen Dichtungen erfreuen sich einer solchen Beliebtheit, daß z. B. die Sammlung „Schau um dich und Schau in dich“ in 11 Jahren 11 Auflagen erlebt.

* Die jetzt geschlossene Generalrechnung zeigt, daß Olarus an Beisteuern für seinen Brand 2,700,000 Fr. eingenommen hat.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, 29. August.

Auf der Carl Ludwig-Bahn werden nun mit Ausnahme von feuergefährlichen oder sonst besonders schädlichen Flüssigkeiten, wie z. B. Schwefelsäure, Hydrokarbür u. dgl. auch auf der Carl Ludwig-Bahn alle Flüssigkeiten als Gültig befördert. Die Aufnahme der als Gültig zur Beförderung gelangenden Flüssigkeit erfolgt nur unter Beobachtung der gebotenen Vorschriften, und es muß daher jede solche Sendung vertrefft sein, daß ein Auszinner derselben während des Transportes und in Folge dessen eine Beschädigung der mitverlasteten Güter nicht befürchten steht. Flüssigkeiten, die auf die Nordbahn übergehen, werden als Gültig für beide Bahnen faktirt, dagegen besteht bezüglich derer derselben Sendungen, wenn dieselbe auf eine d. Bahn übergehen, die Bestimmung, daß sie blos an die Endstation der Nordbahn faktirt, und von da nach dem jedesmaligen Reglement der betreffenden Anschlußbahn behandelt werden.

In Lemberg wurde, wie die „L. 3“ meldet, dieser Tage ein gefährlicher Gauner in der Person eines Bediensteten unter der Kategorie der Carl-Ludwig-Bahn entdeckt und zur wohl verdienten Ahndung des Gerichts übergeben. Auf Anordnung eines Beamten der f. f. Finanzwache wurde dieser Mann, welcher des Cigarettenchwiegels verdächtig war, im Lemberger Bahnhofe untersucht und man fand unter seinen Effecten eine erstaunliche Menge von ausserösterreichischen Gold- und Silbermünzen und eine Quantität — Dietrich. Auf diese Entdeckung hin wurde der Mann sofort festgenommen und in seiner Wohnung in Krakau eine eindringliche Haussuchung gehalten. Hier stieß man auf ein ganzes Warenlager von Effecten, Kleidungsstücke, Wäsche usw. und die angestellte Untersuchung erwies, daß der Verhaftete schon seit 5 Jahren systematisch das Geschäft betrieben habe, Koffer von Reisenden und andere der Bahn zur Beförderung übergehender Beihältnisse zu öffnen und eines Theils ihres Inhalts zu verausgaben.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Breslau, 23. August. Die deutschen Preise sind (für einen preußischen Scheffel d. i. über 14 Garnet in Pr. Silbergroschen — 5 lt. öst. W. außer Ago): bester mittler. schlecht.

Weißer Weizen	85	—	88	75	—	80	
Gelber "	84	—	87	82	74	—	80
Roggan	57	—	59	56	53	—	55
Gerste	43	—	45	42	38	—	40
Hafser	26	—	27	25	23	—	24
Ebien	52	—	55	51	45	—	48
Rüben (für 150 Pfd. brutto)	243	—	218	—	207	—	207
Sommeraps	—	—	—	—	—	—	—

Bohmen, 23. August. Die heutigen Durchschnittspreise waren (in f. öst. Währ.): Ein Weizen 4.56 — Roggen 4.56 — Roggen 2.75 — Gerste 2.08 — Hafer 1.47 — Erben — — — Böhmen — — — Hütte — — — Buchweizen — — — Kulturz 4.80 — Erdäpfel 1.80 — 1 Käfer hartes Holz 1.11 — — — weiss 7.50 Butterklee — — — 1 Zentner Heu 1.25 — 1 Zentner Stroh — — —

Wien, 23. August. Marktprize in österr. Währ.: Ein Pfund Weizen 4.89 — Roggen 2.93 — Gerste — — — Hafer 1.42 — Kulturz — — — Erdäpfel — — — Eine Käfer hartes Holz — — — weiches — — — Ein Zentner Heu 1.05 Stroh 1.10.

Preise der polnischen Produkte in Wien vom 14. bis 21. August 1862 in f. öst. W.

Galizische Hadern: für 1 Zentner weiße von bis mit halbweissen 7.25 7.75 1/2

fusshadern 5.25 5.75

Ordinäre Packhadern 3.25 1/2 4.25

Blau-Weinen-Hadern gemischt mit Baumw. 4.— 5.—

Röher polnischer Hanf 14.50 16.—

Röher polnischer Glachs gehobelter 19.— 26.50

Röher polnischer Glachs gehobelter 17.50 19.50

Pöllnitzer Honig — — — 23.— 30.50

Poln. Ochsenhörner ohne Sortierung für 1000 Stück — — — —

1 Zentner gereinigter rother Klee — — — —

Weißer Klee — — — —

Polnische Ochsen-Häute naß sammt Hörnern das Pf. 28.— 29.—

Poln. Kalbsfelle mit dem Kopf der Ctr. 85.— 92.—

Galizische Terpenit 38.— 42.—

Poln. ord. (Zadel)-Wolle 52.— — —

Wisnitzer Schweinsborsten, Mustergattung 250.— — —

Weisse Wisn.-Schw.-Worsten 180.— 185.—

Zaworower Schweinsborsten, Mustergattung

Amtsblatt.

3. 18037/1083. Kundmachung. (4052. 1)

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction für Österreich ob und unter der Enns, dann Salzburg wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß in Folge hohen Finanz-Ministerial-Erlaß vom 26. Juli l. J. Zahl 38077/1297 die tarifmäßige Gebühreneinhebung:

A. Der allgemeinen Verzehrungssteuer, sammt den bermaßen mit der Kaiserl. Verordnung vom 17. Mai 1859 eingeführten 20% außerordentlichen Zuschlage zu der Verzehrungssteuer und dem der Stadtgemeinde Linz bewilligten Gemeinde-Zuschlage für alle über die Verzehrungssteuerlinie von Linz zum Verbrauch dasselbst eingeführten Gebühren-Entrichtung unterliegenden Gegenstände.

B. Die Einhebung der Gemeinde-Zuschläge von den innerhalb der Verzehrungs-Steuerlinie erzeugten gebrannten geistigen Fähigkeiten, sowie eventuell auch die Einhebung der in verfassungsmäßiger Behandlung stehender Differenzialsteuer für die gebrannten geistigen Fähigkeiten in den für die Verzehrungssteuer-Einhebung als geschlossen erkläarten Orten.

C. Rücksichtlich des innerhalb der Steuerlinie erzeugten Bieres blos die Einhebung des für die geschlossene Stadt Linz bestehenden freien kärdischen Zuschlagsbetrags von 42 kr. pr. Eimer nebst dem außerordentlichen 20% Zuschlage zu dieser Gebühr und dem dermaligen Gemeinde-Zuschlage von 30 Nkr. pr. Eimer. Ferner

D. Die Einhebung der Wassermauth bei den Linienämtern Heilige Stiege und Donaubrücke in Linz, sowie

E. die Einhebung der Wegmauth bei den Wegmauthstationen Landstraße und Heilige Stiege in Linz, auf die Dauer vom 1. November 1862 bis letzten October 1865 im Wege der öffentlichen Versteigerung vereint verpachtet werden wird.

Die Modalitäten unter welcher die Versteigerung stattzufinden hat, sind:

1. Die Versteigerung wird Dienstag d. i. den drei und zwanzigsten (23.) September 1862 um 9 Uhr Vormittag bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Linz abgehalten und es werden bei derselben mündliche und schriftliche Anbote, welche mit der Stempelmarke von 36 kr. ö. W. pr. Bogen versehen sein müssen, und zwar bezüglich der unter A. B. C. D. und E. angeführten Objekte zuerst vereint, dann aber auch bezüglich der Wegmauth sub E gesondert vorgenommen werden.
2. Der Ausrufspreis als einjähriger Pachtschilling für die vereinte Verpachtung allgemeinen Verzehrungssteuer sammt der außerordentlichen 20% Zuschlage und der Gemeinde-Zuschläge, dann der Wassermund und Wegmauth beträgt 161,850 fl. einhundert ein und sechzig tausend achthundert fünfzig Gulden öst. Währ. wovon auch die Verzehrungssteuer sammt dem außerordentlichen 20% Kärtial-Zuschlage pr. 112,140 fl. auf die Gemeinde-Zuschläge 43,500 fl. auf die Wassermauth 1,850 fl. und auf die Wegmauth 4,360 fl. Zusammen 161,850 fl.

entfallen.

3. Zur Pachtung wird Jedermann zugelassen, welcher nach den Landesgesetzen zu derlei Geschäften geeignet und die bedogene Sicherheit zu leisten im Stande ist.

Für jeden Fall sind alle diejenigen sowohl von der Uebernahme als auch von der Fortsetzung der Pachtung ausgeschlossen, welche wegen eines Verbrechens zu einer Strafe verurtheilt wurden, oder welche in einer Untersuchung wegen Verbrechen verfallen sind, die blos wegen Abgang rechtlicher Beweise aufgehoben wurde.

Minderjährige Personen, dann contractbrüchige Gefällspächter werden zu der Licitation nicht zugelassen, eben so auch diejenigen nicht, welche wegen Schleichhandel oder einer schweren Gefällsübertretung in Untersuchung gezogen, und entweder gestraft oder nur aus Mangel der Beweise von dem Strafverfahren losgesagt wurden, und zwar die Letzteren, durch sechs auf den Zeitpunkt der Uebertragung oder wenn dieser nicht bekannt ist, der Entdeckung derselben, folgende Jahre.

4. Wer an der Versteigerung Theil nehmen will, hat vor dem Beginne der Licitation das Badium im Baren oder in österreichischen Staatspapieren nach dem Börsencurse, und zwar:

- a) wer einen Anbot für die vereinte Pachtung der Verzehrungssteuer mittelst Zuschlägen, dann der Wassermauth- und Wegmauth-Gebühren zu stellen beabsichtigt, zehn Prozent des Ausrufspreises mit dem Betrage von 16,185 fl.;
- b) wer nur die Wegmauth zu pachten Willens ist mit dem 6. Theile des Ausrufspreises, somit den Betrag von 727 fl. ö. W. bei der Licitations-Commission zu erlegen.

Staatsanleiheslöse vom Jahre 1839, 1854 u. 1860 werden nicht über deren Nennwerth angenommen. Es ist auch gestattet dieses Badium bei einer k. k. Gefällskasse zu erlegen, in welchem Falle der Unternehmer die Quittung jener Kasse, welche das Bodium in Empfang genommen hat, der Licitations-Commission zu übergeben hat.

5. Die Genehmigung des Licitations-Actes steht dem k. k. Finanz-Ministerium zu, und es wird sich ausdrücklich vorbehalten die Pachtung auch ohne Rücksicht auf das ergzielte Beftor demjenigen Offerenten zuzuerkennen, welcher mit Rücksicht auf seine persönlichen und die sonstigen Verhältnisse als der geeignete erscheint.

Für den Fall als ein gleicher mündlicher und schriftlicher Anbot vorkommen sollte, wird dem mündlichen, unter zwei oder mehreren gleichen schriftli-

chen Anboten eben jenem der Vorzug gegeben, für welchen eine vom Licitations-Commissär sozleicht vorzunehmende Verlosung entscheidet.

- Nach geschlossener Licitation wird kein nachträglicher Anbot mehr angenommen.
- Bei schriftlichen Anboten ist außer dem hierüber bereits Gesagten, Nachfolgendes zu beobachten:

- a) Dieselben müssen bis zum Beginne der mündlichen Versteigerung d. i. bis 9 Uhr Vormittags drei und zwanzigsten (23.) September 1862 bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Linz versiegelt überreicht werden, indem später eingelangte Offerte als nachträgliche Anbote angesehen und nicht mehr berücksichtigt werden.
- b) Die schriftlichen Anbote müssen das Object, auf welches geboten wird, dann den Betrag, der angeboten wird, in Zahlen und Buchstaben deutlich ausdrücken, und sind von dem Offerenten mit Vor- und Zunamen, dann mit Beifügung des Charakters und Wohnortes zu unterzeichnen.
- c) Wenn mehrere Personen gemeinschaftlich ein schriftliches Offert aussstellen so haben sie in dem Offerte auszubrücken, daß sie sich zur ungetheilten Hand, nämlich Einer für Alle, und Alle für Einen dem Aerar zur Erfüllung der Pachtbedingungen verbinden.

Zugleich müssen sie in dem Offerte jenen Mitofferenten namhaft machen, an welchen die Übergabe des Pachtobjektes geschehen kann.

- d) Diese Anbote dürfen durch keine, den Licitations-Bedingungen nicht entsprechende Klauseln beschränkt sein, vielmehr müssen dieselben die Versicherung enthalten, daß der Offerent diese Bedingungen genau befolgen will.

Von Außen müssen diese Angaben als Offerte für das (zubehörnde) Object bezeichnet sein. Das Formular eines Offerts folgt nach.

- e) Die schriftlichen Offerte sind von dem Zeitpunkte der Einreichung für den Offerenten, für die Finanz-Verwaltung aber erst von dem Tage an welchem die Annahme derselben dem Anbietenden bekannt gemacht worden ist, verbindlich.
- f) Wer im Namen eines Andern ein Anbot macht, muß sich mit der gehörig legalisierten Vollmacht seines Machtgebers bei der Commission noch vor der Licitation ausweisen und derselben die Vollmacht übergeben.
- g) Den Anfang des Licitations-Actes macht die Versteigerung des vereinten Pachtobjektes nämlich der oben sub A., B., C., D. und E. angeführten Verzehrungssteuer sammt 20% außerordentlichen Zuschläge nebst dem Gemeinde-Zuschlage, dann der Wassermund und Wegmauth. Nach Abschluß dieses Actes wird zur Versteigerung der Wegmauth allein geschritten.
- h) Die näheren Licitationsbedingungen werden vor der Licitation vorgelesen, es können dieselben aber auch früher während der gewöhnlichen Amtsständen bei dieser Finanz-Landes-Direction und bei der Bezirks-Direction in Linz und Salzburg, so wie bei allen Finanz-Landes-Behörden eingesehen werden.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction für Österreich ob und unter der Enns dann Salzburg.

Wien, am 13. August 1862.

Formular

eines schriftlichen Offerts

- a) Für die vereinten Pachtobjekte:

Ich Endesgefertigter biete für die mittelst Kundmachung vom 13. August l. J. Z. 18037/1083 ausgeschriebene Pachtung der Verzehrungssteuer sammt 20% Kärtial-Zuschläge, des Gemeinde-Zuschlages in der Stadt Linz, dann der Wassermauth und der bei den Wegmauthstationen Landstraße und Heiligen Stiege zu Linz, für die Zeit vom 1. November 1862 bis letzten October 1865 den Jahrespachtschilling von . . . fl. . . kr. (mit Ziffern) d. i. . . . Gulden . . . Neukreuzer öst. W. (mit Buchstaben), oder

- b) für die Pachtung der beiden Wegmauthstationen Landstraße und Heiligen Stiege zu Linz allein für dieselbe Pachtzeit den Jahrespachtschilling von . . . fl. . . kr. d. i. . . . Gulden . . . Kreuzer öst. W. (mit Buchstaben),

ad a. und b. wobei ich erkläre daß mir die contractsbedingungen genau bekannt sind, und ich mich denselben unbedingt unterwerfe.

Als Bodium lege ich im Anschluß den Betrag von . . . fl. . . kr. d. i. (im Buchstaben auszudrücken) bei,

oder

lege ich nachstehende Staatspapiere im Betrage von . . . fl. . . kr. d. i. (in Buchstaben auszudrücken),

oder

lege ich die Kassaquittung der k. k. über das erlegte Bodium bei,

am

Eigenhändige Unterschrift,

Character und Aufenthaltsort.

Von Außen
(nebst der Adresse an die k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Linz und Bezeichnung des Bodium)

Offert für die Pachtung der

A. Verzehrungssteuer und des Gemeinde-Zuschlages, dann

der Wassermauth, und der beiden Wegmauthstationen Landstraße und Heiligen Stiege zu Linz,
oder

B. der beiden Wegmauthstationen Landstraße und Heiligen Stiege zu Linz.

Kundmachung. (4081. 3)

Am k. k. Gymnasium bei St. Anna in Krakau wird das Schuljahr 1862/3 am 1. September l. J. mit heiligem Geistante eröffnet werden.

Die Aufnahme der Schüler wird am 29., 30. und 31. August l. J. stattfinden. Jeder aufzunehmende Schüler hat sich diesfalls in Begleitung seiner Eltern oder deren Stellvertreter an einem der bezeichneten Tage in der Directions-Kanzlei zu melden und mit seinem letzten Studienzeugnisse auszuweisen. Nur neu eintretende Schüler haben überdies den Tauf- oder Geburtschein und, falls in ihren Studien eine Unterbrechung stattfand, ein legales Wohlverhaltungszeugnis über die Zeit dieser Unterbrechung vorzuzeigen und die vorschriftsmäßige Aufnahmestare von 2 fl. und 10 kr. ö. W. zu entrichten. Auswärtige Schüler haben sich mit einer Passkunde oder Legitimations-Karte zu versehen.

k. k. Obergymnasium bei St. Anna.

Krakau, am 26. August 1862.

eines k. k. Bezirksadjuncten mit seinem gegenwärtig in einer westgalizischen Stadt von 4000 Seelen, einer Hauptschule und 2 Meilen Bahnenfernung befindlichen, auf einen andern politischen oder nicht selbstständig gerichtlichen Bezirksadjunctenposten. Reelle Gegenanträge unter der Chiffre S. W. franco poste restante Podgorze, werden beantwortet.

(4056. 2-3)

Wiener - Börse - Bericht

vom 27. August.

Öffentliche Schuld.

A. Des Staates.

Geld Waare

In Ost. W. zu 5% für 100 fl.	65.90	66.-
Aus dem National-Anteile zu 5% für 100 fl.	82.25	82.35
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	88.-	88.0
Metallische zu 5% für 100 fl.	55.50	56.50
ditto, " 4½% für 100 fl.	62.25	62.50
" 1854 für 100 fl.	132.35	132.75
" 1860 für 100 fl.	89.50	89.70
Como-Nentenscheine zu 42 L. austr.	91.70	91.91
	17.-	17.25

B. Der Kronländer.

Grundrentlastungs- Obligationen von Niede. Öster. zu 5% für 100 fl.	83.50	86.50
von Mähren zu 5% für 100 fl.	88.50	89.50
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	88.-	88.0
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	88.50	86.50
von Tirol zu 5% für 100 fl.	95.-	96.-
von Kärt. Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	86.50	88.50
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	72.50	72.75
von Temes. Banat 5% für 100 fl.	70.75	71.-
von Croat. u. Sl. zu 5% für 100 fl.	72.-	73.-
von Galiz. u. Lodow. B. zu 5% für 100 fl.	71.25	71.50
von Siebenb. u. Bucovina zu 5% für 100 fl.	69.75	70.25

Metternich (pr. St.) der Nationalbank	776	778-
der Kreditanstalt für Handel und Gewerbe zu 400 fl. österr. GuV	205	206.-
Rieder. österr. Compte-Gesellschaft zu 500 fl. ö. K.	634	636.-
der Kais. Fer. Nord. zu 1000 fl. ö. GuV	1938	1940
oder 500 fl.	244.50	245-
der Kais. Els. & öst. Bahn zu 200 fl. ö. GuV	155.-	155.50
der österr. Donaudampfschiffahrt-Gesellschaft zu 500 fl. ö. GuV	122.-	122.25
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. ö. GuV	421	423-
der Öfen-Pestler Kettenbrücke zu 500 fl. ö. GuV	220	222-
der Wiener Dau-piwihi. Aktien-Gesellschaft zu 50		